

Europa: Chance und Herausforderung

Europapolitische Leitlinien zur Europawahl am 7. Juni 2009

Beschluss des 24. Landesparteitags

Thüringen liegt als grünes Herz Deutschlands zugleich in der Mitte Europas. Mit Europa verbinden wir die politische und soziale Vielfalt seiner Staaten, miteinander geteilte Überzeugungen und Lebensformen, gemeinsame geistige und kulturelle Wurzeln. Die Europäische Union gewährleistet für die Staaten Europas eine auf unserem Kontinent bislang nie gekannte Friedensordnung. Schon deshalb ist die europäische Einigung die größte politische Erfolgsgeschichte unseres Kontinents. Sie ist Modell und Orientierungspunkt für viele Teile der Welt. Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs bringt sie Europa Freiheit, Frieden und Wohlstand und die Einigung Europas ist der Schlüssel, um dies dauerhaft zu gewährleisten. Heute garantiert uns die Europäische Union mehr Sicherheit im Inneren und nach außen.

Wir sind überzeugt: Die Europäische Union ist die beste Antwort auf die Herausforderungen, die sich ableiten aus Globalisierung, Migration, neuer Bedrohungen unserer Sicherheit, Klimawandel und Versorgungsunsicherheiten mit Energie und Rohstoffen.

Die Europawahl 2009 ist eine Richtungswahl für die kommenden fünf Jahre. Jetzt werden die Weichen bis weit in das 21. Jahrhundert gestellt. Wir müssen Antworten finden auf brennende Fragen:

- Wie wird Europa die Finanz- und Wirtschaftskrise überwinden?
- Wie wird es gelingen, die Vereinbarkeit von Klimawandel und wirtschaftlichen Wachstum herzustellen?
- Wie wird Europa zu Wirtschaftswachstum und neuen Arbeitsplätzen zurückfinden?
- Wie werden wir mit Europa den Weltklimaschutz bei uns, bei unseren europäischen Nachbarn und weltweit vorantreiben können?
- Wie werden wir den Euro als wichtige und stabile Währung neben dem amerikanischen Dollar, dem japanischen Yen und dem chinesischen Yuan auf globaler Ebene verankern können?
- Wie werden wir mit dem Schengen-Abkommen und dem Europäischen Polizeiamt Europol eine freie Fahrt für Bürger garantieren, aber das organisierte Verbrechen und den Terrorismus wirksam bekämpfen können?
- Wie werden wir mit Europa illegale Einreisen verhindern, aber die besten Köpfe der Welt für unsere Zukunftsindustrien gewinnen können?

Über die Antwort auf all diese Fragen entscheiden am 7. Juni 2009 die fast 500 Millionen Bürger der Europäischen Union mit der Wahl zum Europäischen Parlament, und damit über die künftige Entwicklung in Europa. Mit der Europawahl werden wichtige Weichen für die Zukunft Europas und damit auch für Deutschland gestellt. Die CDU steht für so viel Freiheit wie möglich, so viel Regelung wie nötig, für soziale und ökologische Verantwortung, für kluge nationale und europäische Interessenwahrnehmung, für einen aufgeklärten Patriotismus und für Professionalität in europäischen Fragen.

Die europäische Union steht **für ein Europa der Bürger**. Sie muss bei ihnen Akzeptanz und neue Überzeugungskraft gewinnen, weil Frieden, Wohlstand und Sicherheit für die meisten Europäer inzwischen eine Selbstverständlichkeit sind. Wir wollen mit unserer Politik das Vertrauen der Bürger in die Europäische Union stärken.

Wir wollen **ein starkes und handlungsfähiges Europa**. Die Europäische Union muss daher demokratisch, transparent, unbürokratisch und bürgernah gestaltet werden. Die Europäische Union muss sich gemäß dem Subsidiaritätsprinzip auf jene Aufgaben konzentrieren, die auf der europäischen Ebene besser als durch die Nationalstaaten mit ihren Regionen und Kommunen erfüllen werden können. Daher ist es notwendig, die Aufgabenstruktur bei künftigen EU-Vertragsänderungen zu überprüfen und die bereits vereinbarten institutionellen Reformen des EU-Vertrages von Lissabon rasch umzusetzen.

Wir stehen **für ein Europa, das Wohlstand und Arbeitsplätze sichert**. Als Garant für Freiheit, Sicherheit bietet die europäische Union auch die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg in ganz Europa. Wir Deutsche profitieren als Export orientierte und größte Volkswirtschaft in Europa in besonderem Maße vom Welthandel, vom europäischen Binnenmarkt und den bisherigen EU-Erweiterungen. Eine starke Europäische Union ist die beste Voraussetzung für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit.

In einem Binnenmarkt mit offenen Grenzen brauchen wir **klare und einheitliche Regeln zum Umwelt- und Verbraucherschutz**. Ein fairer Wettbewerb kann nur stattfinden, wenn nicht derjenige gewinnt, der Umwelt und Verbraucher am wenigsten schützt. Dabei muss allerdings überflüssige Bürokratie vermieden werden. Übertriebene Umsetzung der Regeln in Deutschland und zu lasche Umsetzung in anderen Mitgliedstaaten darf es nicht mehr geben.

Die Europäische Union baut auf den gemeinsamen Werten und dem europäischen Menschenbild auf, das maßgeblich durch Christentum, Judentum, Antike und Aufklärung geprägt ist. Die Charta der Grundrechte ist ein Ausdruck dieser Werte. **Wir treten für einen Gottesbezug ein**. An dem Ziel, einen Reformvertrag für die Europäische Union zu schaffen, halten wir fest, denn die europäische Union muss auch eine politische Union sein.

Unsere Wertüberzeugungen und die gemeinsame historische Erfahrung von Willkür und Gewaltherrschaft in Europa im letzten Jahrhundert legen uns eine besondere Verantwortung gegenüber dem menschlichen Leben auf und verpflichten uns zum Schutz unveräußerlicher Menschenrechte, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dazu gehört das Recht auf die Heimat. Völkervertreibungen müssen geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

Die CDU setzt sich in Europa ein **für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit durch die soziale Marktwirtschaft**. Mit ihrer Erweiterung wurde die Europäische Union politisch und wirtschaftlich endgültig zu einem „Global Player“. Die faszinierende Idee eines europäischen Binnenmarktes mit einem freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr sowie einer Politischen Union war stets treibende Kraft der europäischen Integration. Schon heute beträgt der Anteil deutscher Ausfuhren in die EU-Staaten, gemessen am Gesamtausfuhrvolumen, mehr als 80 Prozent.

Damit die Europäische Union international weiter wettbewerbsfähig bleibt und Deutschland von einem starken europäischen Wirtschaftsraum profitieren kann, müssen die Wachstumskräfte in der EU gestärkt werden. Dies gelingt nur, wenn die Soziale Marktwirtschaft das Leitprinzip europäischer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist. Deshalb setzten wir uns dafür ein, dass **europäische Regeln** unsere Wirtschaft strukturell stärken, uns vor unverantwortlichen Spekulationen schützen, für eine nachhaltige

Belegung der Konjunktur und für einen Abbau der Arbeitslosigkeit sorgen. Einer bürokratischen Überregulierung unserer Industrie und der mittelständischen Betriebe erteilen wir eine klare Absage. Dort, wo aber Regulierungen auf europäischer oder internationaler Ebene für einen geordneten Wettbewerb notwendig sind, werden wir für deren Einführung und strikte Beachtung sorgen. Hierzu gehört auch der Auf- und Ausbau eines Europäischen Sozialmodells, das die Kräfte der sozialen Marktwirtschaft stärkt, indem es für Chancengerechtigkeit, Arbeits- und Unfallschutz sowie Solidarität sorgt.

Die bisherigen Erweiterungsrounds der Europäischen Union haben die Zone der Stabilität ausgeweitet und Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht. Für viele Menschen auch auf dem westlichen Balkan und in Osteuropa ist die Europäische Union zum Leitbild einer offenen Gesellschaft, eines friedlichen Miteinanders der Völker und damit zum Hoffnungsträger für ihre politische und wirtschaftliche Zukunft geworden. Die Europäische Union muss ihrer Verantwortung gegenüber den Völkern in diesen europäischen Regionen gerecht werden. Die europäische Perspektive ist wichtig für den Reformprozess in diesen Ländern. Nach dem Beitritt Rumäniens und Bulgariens kann die Europäische Union weitere europäische Staaten erst aufnehmen, wenn der EU-Reformprozess bzw. die damit verbundenen institutionellen Reformen umgesetzt sind.

Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann nicht in jedem Fall die einzige Antwort auf den Wunsch nach einer europäischen Perspektive sein. Für den Beitritt zur Europäischen Union ist die Erfüllung des Kriteriums der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union ebenso wichtig wie die strikte Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer. Mit der Türkei werden ergebnisoffene Beitrittsverhandlungen geführt. Wir halten jedoch **eine privilegierte Partnerschaft zwischen der Europäischen Union und der Türkei** für die richtige Lösung und werden uns auch künftig für sie einsetzen.

Für die Nachbarn der Europäischen Union, die nicht oder noch nicht Vollmitglieder werden können, brauchen wir eigene Formen politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Diese müssen mit Leben gefüllt werden und im Rahmen eines gemeinsamen Ansatzes den jeweiligen Besonderheiten der Nachbarländer Rechnung tragen. Für die Identität und die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union ist es auch nötig, dass sie ihre Grenzen definiert. Der weitere europäische Erweiterungsprozess muss zur Stärkung der europäischen Identität beitragen. Gemäß den vertraglichen Grundlagen können nur europäische Staaten einen Beitrittsantrag an die europäische Union stellen. Dennoch sind für uns die Sicherheit und der Wohlstand der nicht-europäischen Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas von zentraler Bedeutung. Wir treten daher für maßgeschneiderte Nachbarschaftsabkommen der Europäischen Union mit ihren nicht-europäischen Nachbarn ein.

Für die **neuen Länder** brachte die EU-Erweiterung mehr Chancen als Herausforderungen mit sich. Eine verlässliche Kohäsionspolitik der EU ist weiterhin notwendig. Die sieben Jahre langen Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit bis 2011 bzw. 2013 haben unzumutbare Belastungen für unseren Arbeitsmarkt verhindert. Drohen in bestimmten Branchen nach Inkrafttreten der Freizügigkeit Verwerfungen, müssen branchen- und regionalspezifische Maßnahmen wie z.B. die zumindest zeitweise Einführung von Mindestlöhnen nach dem Entsendegesetz geprüft werden. In den Grenzregionen muss der Integrationsprozess durch verstärkte Investitionen in die Infrastruktur auch in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments (2009-2014) weiter wirkungsvoll unterstützt werden.

Europa steht für Freiheit, Frieden, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und die universellen Menschenrechte. Diese Werte müssen gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Fundamentalismus und Angriffe von innen und außen verteidigt werden.

Wir in der CDU treten ein für den konsequenten Schutz dieser europäischen Werte, für eine **Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit**. Der internationale Terrorismus, die organisierte Kriminalität, ethnische Konflikte, der Zerfall von Staaten, illegale Migration und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sind Bedrohungen, die Europa zwingen, seine Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts zu definieren. Dies kann nur mit einer nach innen und außen starken Europäischen Union gelingen, durch eine gegenseitige Bestandspflicht im Kampf gegen den Terrorismus, durch einen verbesserten grenzüberschreitenden Informationsaustausch der Polizei- und Sicherheitsbehörden der Mitgliedsstaaten. Die vorhandenen Informationssysteme müssen ausgebaut und unter Einsatz neuester technischer Entwicklungen an die neuen Herausforderungen der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung angepasst werden. Hierfür brauchen wir auch eine Stärkung gemeinsamer Institutionen wie Europol und Eurojust und engere direkte Kooperation der nationalen Polizeibehörden. Die schrittweise Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Asylpolitik und ein verstärkter europäischer Erfahrungsaustausch zu Fragen der Integration sind weitere Aufgaben, denen wir uns auf der europäischen Ebene stellen werden.

Ein wichtiger Schwerpunkt für die **europäische Außenpolitik** muss die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen für die kommenden Generationen sein. Die Europäische Union muss als Vorkämpferin für den weltweiten Klimaschutz eintreten und dabei auf eine gerechte Lastenverteilung achten.

Die **Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik** (ESVP) muss als verteidigungspolitische Komponente der Europäischen Union ausgebaut werden. Wir bekennen uns zu einer europäischen Verteidigung einschließlich einer politischen und militärischen Beistandsverpflichtung komplementär zur NATO. Die Europäische Union muss daher über Möglichkeiten des eigenen militärischen Handelns verfügen können. Mit der Bundeswehr trägt Deutschland entscheidend zur Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei. Wir setzen uns auch weiterhin für eine Integration nationaler Einheiten in europäischen Sicherheitsstrukturen mit einer europäischen Armee als Fernziel ein.

Geben Sie Ihre Stimme am 7. Juni 2009 der CDU!

Die Europawahl entscheidet über die Zukunft von fast 500 Millionen Bürgerinnen und Bürgern auf unserem Kontinent. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ist entscheidend für den Kurs Europas in der Zukunft. Bei der Europawahl geht es auch um die gute und erfolgreiche Zukunft Thüringens im Wettbewerb der europäischen Regionen um Arbeitsplätze, Wachstum und nachhaltige Entwicklung. Wenn Sie Thüringen noch wettbewerbsfähiger machen, den Austausch von und nach Thüringen ausbauen und damit der Thüringer Wirtschaft und den Menschen in unserem Land die bestmöglichen Arbeits- und Lebensbedingungen sichern wollen, dann **geben Sie am 7. Juni 2009 ihre Stimme der CDU.**